

**Czernin**

**Robert Misik**

**Michel Reimon**

**SUPER  
MARKT  
EUROPA**

**Vom Ausverkauf unserer Demokratie**

Robert Misik – Michel Reimon

## **SUPERMARKT EUROPA**

*Vom Ausverkauf unserer Demokratie*



Robert Misik – Michel Reimon

# **SUPERMARKT EUROPA**

*Vom Ausverkauf unserer Demokratie*

Czernin Verlag, Wien

Misik, Robert; Reimon, Michel: Supermarkt Europa. Vom Ausverkauf unserer  
Demokratie / Robert Misik, Michel Reimon

Wien: Czernin Verlag 2014  
ISBN: 978-3-7076-0521-1

© 2014 Czernin Verlags GmbH, Wien  
Produktion: [www.nakadake.at](http://www.nakadake.at)  
ISBN E-Book: 978-3-7076-0521-1  
ISBN Print: 978-3-7076-0520-4

Alle Rechte vorbehalten, auch das der auszugsweisen Wiedergabe  
in Print- oder elektronischen Medien

## **Feindliche Übernahme**

Europa befindet sich in einer tiefen Krise.

Ein Gipfeltreffen jagt das nächste, kaum ist ein Maßnahmenpaket präsentiert, wird schon das nächste geschnürt. Der Rat, die Kommission, das Parlament, die Europäische Zentralbank, der Internationale Währungsfonds, private Rating-Agenturen: Im Tagesrhythmus präsentieren sie Analysen, Konzepte, immer neue Sparpakete. Rettungsschirme von fast utopischem Umfang sollen einen Zusammenbruch des Bankensystems verhindern.

Doch die Situation verschärft sich ständig: Im September 2008, zum Zeitpunkt der Pleite der Bank Lehman Brothers, lag die Arbeitslosigkeit in Griechenland bei 7,5 Prozent. Eineinhalb Jahre später war sie auf 11 Prozent gestiegen und die Europäische Union verordnete dem Land einen radikalen Sparkurs. Austerität – ein Wort, das es in der deutschen Sprache noch gar nicht gab – wurde zum Schlachtruf. Das Resultat: Griechenland hatte Anfang 2013 eine Arbeitslosigkeit von 27 Prozent und eine Jugendarbeitslosigkeit knapp unter 60 Prozent. Eine ganze Generation hat keine Perspektive. In Spanien ist es ähnlich, hier kommt es zu Massendelogierungen, obwohl zehntausende als Spekulationsobjekte gebaute Wohnungen leer stehen. Die Regierungen von Portugal und Zypern sind nur noch eingeschränkt souverän, sie müssen sich jedes Budget von Zentralbank und Währungsfonds genehmigen lassen.

Das Hantieren mit Zahlen, Daten, Fakten und statistischem Material birgt aber durchaus Risiken. Zu leicht – und tatsächlich viel zu oft – verliert man sich in

Detaildiskussionen: Wie hoch dürfen die Staatsschulden eines Landes denn sein (Japan ist ja viel höher als Griechenland verschuldet, auch relativ betrachtet)? Welche Entwicklung ist die Folge welcher Maßnahme? Was ist das sogenannte „Vertrauen der Finanzmärkte“ wert?

Was dabei untergeht: Diese Krise wird von einigen treibenden Kräften für einen radikal marktliberalen und konzernfreundlichen Umbau der Europäischen Union verwendet – und durch neue zwischenstaatliche Verträge soll genau dieser Umbau auch langfristig einbetoniert werden.

Das ist die feindliche Übernahme des größten demokratischen Projekts der Menschheitsgeschichte.

### **Eine Krise. Aber was für eine?**

Der Befund, welche Art von Krise wir hier überhaupt erleben, fällt nicht leicht: Ist es eine Bankenkrise? Eine Staatsschuldenkrise? Eine Euro-Krise? Ja, ist es überhaupt eine Wirtschaftskrise oder nicht vielmehr eine politische? Großbritannien verabschiedet sich bereits schrittweise aus der EU als politischer Gemeinschaft.

Traditionelle ökonomische Krisentheorien versagen, sowohl linke als auch rechte. Marx, Adorno, Schumpeter, wer auch immer: Keiner der Klassiker bietet eine brauchbare Analyse der Situation. So unterschiedlich diese Theorien sind, in einem sind sie sich ähnlich und liegen sie offensichtlich allesamt falsch: in der Annahme, dass ökonomische Krisen einer inneren Logik unterworfen sind, dass sie daher regelmäßig wiederkehren und gewissen Regeln folgend bekämpft oder gar vermieden werden können. Diese Annahme stammt aus der Industriezeit des Kapitalismus, als man sich Gesellschaft gern wie eine

Maschine vorgestellt hat: Wenn etwas kaputt ist, repariert man es, und dann läuft die Sache wieder. Und wenn man es richtig konstruiert hat, wird es gar nicht erst kaputt. Aber die Welt ist keine Maschine, unsere Gesellschaft ändert sich binnen weniger Jahrzehnte so stark, dass die Rahmenbedingungen nie gleich sind - und die Lösungen schon gar nicht. Jede Krise ist anders als die vorherige.

Eine der besten Analysen des Weges in die aktuelle Krise lieferte der Ökonom Wolfgang Streeck 2012 im Rahmen seiner Adorno-Vorlesungen unter dem Titel „Gekaufte Zeit“. Vereinfacht lautet sie: Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Wirtschaft der westlichen kapitalistischen Demokratien einige Jahrzehnte durch Aufbauarbeit und große Infrastrukturprojekte wachsen. Als dieser Prozess Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre ins Stocken geriet, schoben die Regierungen in vielen Staaten das Problem hinaus, indem sie die Notenpresse anwarfen. Sie druckten einfach neues Geld, gaben es aus und verlängerten so die Wachstumsphase. Doch das führte natürlich zu steigender Inflation und damit zur drohenden Entwertung von Vermögen. Etwa ein Jahrzehnt später änderten die Regierungen daher ihre Strategie: Sie nahmen Kredite auf, die Ära der Staatsverschuldung begann und damit wurde noch einmal Zeit gekauft. Etwa Anfang der Neunziger wurden die Staatsschulden so drückend, dass die Strategie erneut gewechselt werden musste: Die radikale Liberalisierung der Finanzmärkte, inklusive der Privatisierung von Rentensystemen und Expansion der privaten Kreditmärkte, spülte neues Geld in die Wirtschaft und sorgte für weiteres Wachstum.

Aber um 2005 herum ist auch dieser Schub verpufft.

Und hier stehen wir jetzt: Die Geldpresse politisch tabu, die Staatshaushalte ohne Spielraum, die kleinen privaten

Haushalte hoch „investiert“, also verschuldet. Diese drei Reserven sind aufgebraucht. Gibt es eine vierte?

### **Vielleicht die letzte Chance**

Wir sagen: Ja, die Vermögen des reichsten obersten Prozentes der Bevölkerung. Am Beispiel Österreichs aufgeschlüsselt: Allein das oberste Prozent besitzt 33,7 Prozent der Gesamtvermögen. Aber 90 Prozent der Bevölkerung teilen sich nur 31,7 Prozent der Gesamtvermögen. Das ergibt also eine fast perfekte Drittelteilung zwischen dem obersten Prozent, den 90 Prozent Normalbevölkerung und den neun Prozent Wohlhabenden dazwischen.

Die erfolgreiche Selbstständige mit zehn Angestellten sitzt ökonomisch betrachtet also tatsächlich eher im selben Boot mit den Langzeitarbeitslosen, nicht mit den Superreichen. Österreich ist als Beispiel besonders interessant, weil das Land jahrzehntelang Steuersünder aus ganz Europa deckte. Es ist nach wie vor eine Schwarzgeldoase. Die ehemalige konservative Finanzministerin Maria Fekter verteidigte diesen Zustand auch am Höhepunkt der Krise: Als das österreichische Bankgeheimnis 2013 von der EU kritisiert wurde, gab sie vor, die Sparbücher der sprichwörtlichen Oma zu schützen. Bloß: Fünfzig Prozent der Einlagen befinden sich auf nur zwei Prozent der österreichischen Sparbücher. Um die ging es ihr wirklich.

Damit ist klar, wo die Ressource liegt, mit der wir aus der Krise kommen können: Bei den Ultrareichen und Superreichen – den Oligarchen, wie man sie nennt, wenn sie Russen sind. Also einfach Vermögenssteuern einführen, mit dem Geld die Wirtschaft ankurbeln und alles wird gut?



Das ist vielleicht zu simpel gedacht, denn die nächste Krise ist bereits absehbar: Wir stoßen an die ökologischen Grenzen unseres Planeten, dazu verändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung einschneidend. Die bloße Rückkehr zur Wachstumswirtschaft in ihrer bisherigen Form würde nur direkt in eine noch größere Katastrophe in wenigen Jahrzehnten führen.

## **Der Umbau**

Doch der politische Zug fährt exakt in die Gegenrichtung.

Unter der Federführung von Angela Merkel wird in Europa ein Marktregime installiert, das die Demokratie bewusst aushebelt. Konzerne, Banken und von ihnen beeinflusste Politiker nutzen die Krise, um die Europäische Union in einem vor Jahren unvorstellbaren Ausmaß umzubauen.

Das passiert. Jetzt. Es passiert planmäßig, gezielt und vor allem schnell. Durch Verträge, die nur durch einstimmige Beschlüsse aller Mitgliedsländer wieder aufzuheben sind, wird dieser rücksichtslose Kurs einbetoniert – auch für künftige Regierungen wird der Handlungsspielraum beschnitten.

Die wirtschaftsliberalen Mehrheiten in Europa abzuwählen, reicht dann nicht mehr. Grundlage dafür ist die Konstruktion „Gemeinsamer Markt, getrennte Demokratien“. Die schwachen politischen Institutionen der EU sind gewollt, weil ein schwacher Staat gewollt ist. Das ist der Kern der marktradikalen neoliberalen Ideologie.

Deshalb drängt jetzt zunächst die Aufklärung, notwendig ist zuallererst der Widerstand gegen diesen stattfindenden radikalen Umbau Europas.

## **Die feindliche Übernahme**

Die Demokratie wird dem Markt geopfert, die Sozialsysteme den Finanzinstitutionen, das Friedensprojekt dem Exportüberschuss.

Warum ist das möglich?

Weil sich in den vergangenen Jahren zwei Entwicklungen gekreuzt und die Situation verändert haben: Da war zunächst das jahrelange Ringen um eine europäische Verfassung, die in Volksabstimmungen in Frankreich und Holland abgelehnt wurde. Wesentliche Teile dieser Verfassung konnten aber gerettet werden und flossen in den Vertrag von Lissabon ein. Der wurde 2007 beschlossen und trat 2009 in Kraft. Damit hat die Europäische Union erstmals eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten – das mag man als Symbol abtun, aber dahinter steht mehr: Die Union ist nun der Hauptgestaltungsraum für europäische Politik, die Nationalstaaten haben diese Rolle verloren.

Dazwischen, im Herbst 2008, lag der Ausbruch der großen Krise. Das machte schnelle, tiefgreifende Handlungen nicht nur notwendig, der Druck machte sie teilweise sogar erst möglich. Und die neue Konstruktion der EU schuf dafür neue Spielregeln – Spielregeln, die die Finanzmärkte, die Großkonzerne, die Lobbyisten und die Wirtschaftsliberalen schneller verstanden haben als die europäische Öffentlichkeit, und daher besser nutzten.

Die Eckpunkte dieser Spielregeln lauten: Die Union ist jetzt wichtiger als die Nationalstaaten. Die nationalen Regierungen entscheiden in Brüssel, nicht daheim. Die europäischen Wähler diskutieren diese Entscheidungen immer noch fragmentiert in nationalen Teilöffentlichkeiten – und interessieren sich kaum für die EU. Die europäischen Beschlüsse der Regierungschefs und Fachminister haben

kaum Einfluss auf nationale Wahlen, die Beschlüsse der Kommission haben null Einfluss darauf.

Und: Die Entscheider können ihren nationalen Parlamenten und der jeweiligen Öffentlichkeit nicht trauen, bei 28 Mitgliedstaaten ist immer irgendwo mit Widerstand zu rechnen. Also suchen sie innerhalb und außerhalb des neuen Vertragswerks Lösungen, um diese möglichst wenig einzubinden. So wie sie nach der gescheiterten EU-Verfassung den Lissabon-Vertrag geschaffen haben.

Hier müssen wir eine wichtige Anmerkung machen: Dieses neue Regelwerk, der Lissabon-Vertrag, ist nicht grundsätzlich schlecht. Alles, was wir in diesem Buch beschreiben, hätte keineswegs automatisch so passieren müssen, weil die Europäische Union in sich ein neoliberales Ausverkaufsprojekt wäre. Das ist sie nicht.

Der Lissabon-Vertrag würde auch die Möglichkeit bieten, soziale und ökologische Politik zu machen und die Einigung Europas ganz anders voranzutreiben. Es sind reale Menschen, die hier real Politik auf Kosten des Großteils der Bevölkerung machen, das gilt es zu benennen.

Es ist nicht anders als in unseren nationalen Politikfeldern: Wenn die österreichische Regierung oder der deutsche Bundestag schlechte Politik machen, dann sollte man die Verantwortung dafür nicht auf die Verfassung schieben. Sowohl im Rahmen der deutschen als auch der österreichischen Verfassung kann man sowohl Politik im Interesse möglichst vieler machen – oder gegen diese Interessen handeln, nicht anders ist es mit dem Vertragswerk der EU. Es wurde also von ganz bestimmten Akteuren eine Politik durchgesetzt, die falsch war. Und wenn einmal nicht falsche Politik gemacht wurde, dann